

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 4. Dezember 2019 / Mercredi matin, 4 décembre 2019

Gesundheits- und Fürsorgedirektion / Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale

**59 2019.RRGR.58 Motion 040-2019 Gullotti (Tramelan, SP)
Es braucht einen neuen Sozialbericht zur Bekämpfung der Armut!**

**59 2019.RRGR.58 Motion 040-2019 Gullotti (Tramelan, PS)
Pour la réalisation d'un nouveau rapport social visant à lutter contre la pauvreté**

Fortsetzung / Suite

Präsident. *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.)* Wir sind ganz leicht verspätet, weil wir eine Sitzung des Büros des Grossen Rates hatten. Ich entschuldige mich für diese Verspätung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Morgen und begrüsse Sie zum dritten Tag der zweiten Woche der Wintersession 2019. Ich darf Sie bitten, die Gespräche zu reduzieren, Platz zu nehmen, und damit Tanja Bauer hier nicht gegen Windmühlen anrennen muss, spreche ich gleich noch etwas weiter. Ich gebe vier Geburtstage bekannt, die Anfang November stattfanden. Er ist jetzt schon wieder nicht da – Entschuldigung, jetzt ist er auch nicht da. Patrick Freudiger hatte am 4. November Geburtstag, Alfred Bärtschi am 6. November, ebenfalls am 6. November Moussia von Wattenwyl, und am 9. November auch noch Ueli Abplanalp aus Brienz. Ich wünsche diesen Vieren im Nachhinein alles Gute zum Geburtstag. *(Applaus / Applaudissements)* Jetzt möchte ich Tanja Bauer als Mitmotionärin das Wort geben.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Ich helfe Ihnen noch ein wenig. Ich fahre dort fort, wo Hervé Gullotti gestern aufgehört hat. Es geht um die Sozialberichterstattung, also um den Bericht über die Armut im Kanton Bern. Dieser Bericht, der letzte Bericht, kam 2015 heraus, und zeigt auf, dass Haushalte von alleinerziehenden Frauen das grösste Armutsrisiko tragen. Er zeigt auf, dass Teilzeitarbeit ein grosses Armutsrisiko ist. Teilzeitbeschäftigte Männer arbeiten meist weniger, weil sie keinen Job finden, bei dem sie mehr arbeiten können. Bei den Frauen hingegen sind es familiäre Verpflichtungen, die machen, dass sie Teilzeit arbeiten. Familienarbeit ist also ein Armutsrisiko. Bei beiden Geschlechtern ist der zweitwichtigste Grund, aber auch Krankheit oder eine Beeinträchtigung. Die schlimmste Zahl, die mich immer am meisten durchschüttelt, ist, dass ein Drittel der Sozialhilfebeziehenden Kinder und Jugendliche sind. Das sind ein paar wenige Zahlen, die ich Ihnen jetzt sage. Aber im Sozialbericht werden diese zu einem Bild. Sie zeigen die Armut im Kanton Bern, wer betroffen ist, welche Gruppen am stärksten betroffen sind, und welches die Ursachen dafür sind. Sie zeigen zum Beispiel, dass die allermeisten Menschen in unserem Kanton auf Lohnarbeit angewiesen sind. Wer aus irgendeinem Grund, eben wegen Familienarbeit, aus gesundheitlichen Gründen, oder wegen dem Alter, weil man zu jung oder zu alt ist, nicht arbeiten kann, hat ein viel höheres Armutsrisiko. Alle Berichte zusammen sind auch keine Fotogalerie. Es gibt nämlich schon viel Berichte. Und das ist wichtig, denn erst zusammen ergeben sie ein Bild der Entwicklung der Armut im Kanton Bern.

Deshalb möchten wir, dass festgelegt wird, wann ein neuer Bericht erscheint. Ursprünglich sagte man einmal, mindestens einmal pro Legislatur. Der Regierung war bewusst, dass Integration in den ersten Arbeitsmarkt nicht die einzige Antwort sein kann. Jedenfalls war das beim letzten Sozialbericht noch eine Erkenntnis. Armutspolitik ist nämlich ein Querschnittsthema. Es betrifft Wirtschafts-, Bildungs- Familien-, Gesundheits-, Migrations- und Steuerpolitik. Deshalb braucht es auch eine gute Grundlage, damit man diese Koordination zwischen den verschiedenen Politikbereichen hinkriegt. Die Stärke einer Gesellschaft misst sich am Wohl der Schwachen. Der Kanton Bern darf sich keine Armut leisten. Im Gegenteil: Wir müssen sie ganz entschieden bekämpfen, und dazu braucht es unbedingt einen neuen Armutsbericht. Ich danke Ihnen, wenn Sie der Motion zustimmen.

Präsident. Meist nützt das. Ich gebe für die glp Barbara Mühlheim das Wort.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Ich heule also nicht hier vorne, weil der Grosse Rat am Jammern ist, aber ich vertrage die Trockenheit der Luft nicht ganz. Kolleginnen und Kollegen, wer länger in diesem Rat ist, der hat verschiedene Berichte miterlebt: drei Armutsberichte, einen Altersbericht, einen Früherkennungsbericht, einen Präventionsbericht, einen Suchtstrategiebericht, einen Spitalplanungsbericht. Es gibt noch ungefähr vier mehr. Kolleginnen und Kollegen, es gibt Zeiten, in denen man einfach Berichte machen kann ... und Berichte machen, und Berichte machen, und ab und zu müssen wir umsetzen, müssen wir arbeiten, müssen wir aus dem, was wir aus den Berichten wissen, politische Schlüsse ziehen.

Ich könnte noch ein Geschichtlein erzählen aus dem letzten Armutsbericht. Er hat übrigens fast 400 000 Franken gekostet. Es steht, dass der grösste Anteil der Working Poor ... Was denken Sie, was es ist? Das ist nämlich spannend: Es sind sogenannte Kleingewerbler, irgendwie im Emmental oder im Oberland, die 14 Stunden pro Tag arbeiten und ein zu kleines Steuerrelaxier haben und damit als Working Poor gelten. Es ist wohl nicht das, was wir hier im Saal uns politisch vorstellen. Wir haben in der GEF zurzeit drei grosse Baustellen. Wir haben den Behindertenbereich. Auch dazu gab es einen grossen Bericht. Wir haben da eine Behindertengesetzgebung, bei der es um die Fragen geht, wie wir in Zukunft die Finanzen im Behindertenbereich neu steuern wollen. Wir haben das Gesetz über die sozialen Leistungsangebote (SLG), das als Nächstes kommt. Und wir haben de facto verschiedene Verordnungen, an denen man dran ist. Zu diesem Zeitpunkt den Auftrag geben, um noch einmal einen Armutsbericht machen zu lassen ... Denn es ist bekannt, wo die Problematik der Armut im Kanton Bern ist. Es ist nicht in einem anderen Kanton. Wir könnten längstens, wenn wir wollten und gleiche Haltungen hätten, die entscheidenden neuen Strategien machen. Aus diesem Grund, weil zurzeit anderes angesagt ist, weil in der GEF insbesondere eben starke und sehr zeitaufwendige Gesetzgebungsrevisionen einerseits, aber andererseits auch neue Gesetzgebungen im Vordergrund stehen, nicht zuletzt auch die Gesundheitsstrategie – ein Bericht mehr, den wir dann diskutieren dürfen –, unterstützen wir die Haltung der GEF, zurzeit keine Motion in diesem Bereich zuzulassen. Nicht, weil wir es nicht wissen wollen, weil wir aber überzeugt sind, dass wir eigentlich alles wissen, was es im Kanton Bern gibt, und jetzt andere Prioritäten zu setzen sind. Ich bitte auch Sie, die Motion abzulehnen, weil sie zu diesem Zeitpunkt einfach nicht opportun ist.

Christine Schnegg, Lyss (EVP). Die Fraktion EVP hat ein grosses Verständnis für die Forderung nach einem neuen Sozialbericht, ist es doch schon ein paar Jahre her, seit der letzte herauskam. Wir haben aber ein grosses Aber. Wir hatten bereits vier gute Sozialberichte auf dem Tisch. Aber wir bezweifeln, dass die Berichte grosse Auswirkungen gehabt und wirklich wirksame Massnahmen zur Bekämpfung der Armut ausgelöst haben. Um Armut zu bekämpfen, braucht es Massnahmen, und um Massnahmen umzusetzen, braucht es Geld. Am Geld scheitert es in den letzten Jahren dann eben manchmal. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort aber versprochen, dass er nach der Umsetzung all der grossen und wichtigen Projekte, die jetzt im Moment unterwegs sind, und bei denen wir auch der Meinung sind, dass diese teilweise zur Bekämpfung der Armut beitragen können, zum Beispiel die Integration in den Arbeitsmarkt, anstrebt, eine Sozialstrategie zu erarbeiten und dann im Rahmen dieser Strategie zu überlegen, wie, wann und in welchem Rahmen, einen neuen Sozialbericht zu erarbeiten; und da ist die Fraktion EVP ganz klar der Meinung, in einem gemässigten Rahmen.

Wir können dieser Vorgehensweise zustimmen in der Hoffnung, dass die laufenden Projekte jetzt bereits Wirkung zeigen werden und die Armut im Kanton Bern ein wenig vermindert werden kann. Wenn wir die Motionsforderung anschauen, die verlangt – ohne Zeitangabe –, dass der Regierungsrat einen neuen Sozialbericht plant und realisiert, widerspricht das den Plänen der GEF ja nicht. Aus diesem Grund können und wollen wir diese Motion nicht ablehnen. Die Fraktion EVP unterstützt also die Motionsforderungen grossmehrheitlich, gibt aber der GEF die vorgesehene Zeit zur Realisierung.

Präsident. Pour le groupe PS-JS-PSA, je donne la parole à Madame Samantha Dunning.

Samantha Dunning, Biel/Bienne (PS). Le groupe socialiste, PS-JS-PSA, soutient l'adoption de la motion chargeant le Conseil-exécutif de publier un nouveau rapport social sur la lutte contre la pauvreté. En effet, comme l'a déjà souligné mon collègue Hervé Gullotti hier soir, les chiffres de l'Office fédéral des statistiques montrent une augmentation de la pauvreté en Suisse depuis 2014 ainsi qu'une baisse du revenu disponible. La pauvreté est une réalité et les personnes touchées sont, entre autres, des familles monoparentales et des retraités. Et vendredi, on nous fait état, sur la

RTS, de l'augmentation de la fortune des plus riches en Suisse ... bon. Il est inacceptable que certaines personnes doivent lutter pour survivre pendant que d'autres amassent des milliards. Il est de notre devoir, en tant que politiciennes et politiciens, de proposer une stratégie et des mesures visant à ce que tout un chacun puisse vivre dignement et, cela doit être une priorité !

C'est pourquoi, il est absolument nécessaire que le Conseil-exécutif planifie rapidement la parution d'un rapport social, d'autant plus que le domaine social du canton de Berne a subi, et subit encore, une vaste mutation. Il serait opportun d'en déceler les premiers effets et repérer si ces mesures atteignent le bon public et si elles sont correctement ciblées. La tâche d'une Direction n'est pas seulement de revoir la stratégie, mais aussi d'aller voir concrètement sur le terrain ce qui se passe, en gros, de voir comment vivent les pauvres, et quelles sont leurs préoccupations au quotidien.

D'ailleurs, la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) recommande vivement l'utilisation d'un tel outil pour lutter activement contre la pauvreté. Certes, un tel rapport nécessite des ressources, mais elles seront bien investies, car nous aurons des données concrètes et pourrons savoir si nous nous dirigeons dans la bonne direction. Le groupe PS-JS-PSA vous invite donc à accepter la motion.

Präsident. Es muss gestern Abend wahnsinnig viel passiert sein. Denn es ist in diesem Saal ein wahnsinniges Mitteilungsbedürfnis vorhanden, habe ich den Eindruck. Es gibt Grüppchen, die hier Dinge verhandeln. Ich wäre froh, wenn diese Grüppchen das allenfalls draussen machen könnten, damit diejenigen, die zuhören wollen, dies tun können. Vielen Dank. Ich gebe Haşim Sancar für die Grünen das Wort.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Es wäre schade, wenn die Gruppen hinausgingen. Ich brauche Zuhörerinnen und Zuhörer. Es ist mehr als zehn Jahre her, seit der erste umfassende Sozialbericht publiziert wurde. Seither sind drei Sozialberichte zur Bekämpfung der Armut erschienen. Die Erkenntnisse sind ernüchternd. Wir stellen nämlich fest, dass Armut in der reichen Schweiz Realität ist, auch in unserem Kanton. Die Armutsquote liegt bei circa 10 Prozent, und sie wird aus Liebe zu den Vermögenden im Kanton mit Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich nach oben getrieben. Wollen wir das wirklich? – Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen zu unseren Reichen Sorge tragen, damit es ihnen besser geht und sie noch mehr Polster ansetzen können. Schliesslich leben wir im Land der Reichen. Wie viel Vermögen haben unsere armen Reichen dieses Jahr zugelegt? – Nur gerade die 10 Reichsten konnten ihr Vermögen um stattliche 18 Mrd. Franken vergrössern. Damit besitzen sie zusammen 221 Mrd. Schweizer Franken. Wir können es auch so sehen: Die 10 Reichsten in unserem Land haben im Jahr 2018 ihr Vermögen um mehr als das Doppelte unseres kantonalen Budgets vergrössert. Sie könnten also während eines Jahres zwei Kantone Bern finanzieren, wenn sie auf die Erhöhung ihres Vermögens verzichten würden. Und wofür entscheidet sich der Kanton Bern? – Er beschliesst, den Vermögenden noch mehr Steuergeschenke zu machen, zum Beispiel mit einer Pauschalsteuer, anstatt sich um die Menschen zu kümmern, die in unserem Kanton unter der Armutsgrenze leben. Ich habe volles Verständnis, wenn sich der Regierungsrat so gegen einen Sozialbericht stellt. Er hat Angst, dass er mit der nackten Realität konfrontiert wird, dass die Armut in unserem Kanton nicht zurückgegangen ist, dass wir also im Kampf gegen die Armut keine nennenswerten Fortschritte gemacht haben. Ich weiss auch nicht, warum Armut so zurückgehen könnte. Wir können höchstens die gute Arbeit vieler Nichtregierungsorganisationen erwähnen.

Doch wäre es nicht die Aufgabe eines Wohlfahrtsstaates, zu eben diesen Menschen Sorge zu tragen, die von Armut betroffen sind? – Die Politik und die Behörden sind im Kürzungsrausch, was den Sozialbereich betrifft. Doch so lässt sich definitiv keine Armut bekämpfen. Ich kann ja verstehen, dass es angenehmer ist, den Reichen rentable Steuergeschenke zu machen, als in Sozialwerke zu investieren und entsprechende Kosten tragen zu müssen. Ich bin aber nicht einverstanden. Denn es ist die Aufgabe der Politik, auf diese Probleme hinzuweisen und Massnahmen zu deren Bekämpfung zu ergreifen. Deshalb ist es höchste Zeit, die bisherigen Massnahmen auf ihre Wirksamkeit hin zu evaluieren und auf dieser Basis einen Sozialbericht zur Lage des Kantons zu realisieren, mit Strategien zur Bekämpfung der Armut. Wir müssen Armut bekämpfen und eliminieren. Armut ist nicht nur eine Schande für die reiche Schweiz, sie ist auch schädlich für die Betroffenen, für das Gesundheitswesen und das Gemeinwesen. Langfristige Kosten von Armut sind höher als Massnahmen zu deren Überwindung. Und Armut ist leider vererbbar, zum Teil über Generationen. Das möchten wir nicht. Armut muss mit Investitionen in die Bildung, das Gesundheitswesen und den

Sozialbereich getilgt werden. Um die Situation analysieren zu können, müssen wir regelmässig darüber berichten. Deshalb braucht es einen Sozialbericht. Die Grünen unterstützen die Motion.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Die EDU-Fraktion teilt die Haltung der Regierung, wonach die bisherigen Berichte bereits viele Kenntnisse zu Tage gefördert haben, ein weiterer Bericht aber zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich nicht viel Neues zeigen wird. Wir lehnen deshalb den Vorstoss ab. Ich möchte Ihnen aber zum Thema Armut noch ein paar grundsätzliche Gedanken von mir weitergeben. Es ist gut, es ist richtig, dass wir uns in der Politik überlegen: Was ist die Aufgabe des Staates? Wie können wir ein Umfeld schaffen, das hilft, Armut zu bekämpfen, das Menschen hilft, aus Armut herauszukommen? – Und trotzdem müssen wir auch anerkennen, dass wir in der Politik nicht alles tun können, damit mit noch mehr Massnahmen die Armut nicht einfach verschwindet. Denn das, was man auf politischer Ebene tun kann, ist beschränkt. Es ist richtig, dass wir das tun, was man tun kann, dass wir gute Förderbedingungen schaffen, dass wir einen sozialen Ausgleich haben, wie das heute bereits in einem doch ziemlich grossen Umfang der Fall ist. Und doch ist Armut etwas, das noch tiefer geht, das verschiedene Schichten hat.

Ich kann aus eigener Erfahrung auch sagen, dass man, wenn man zu den vielleicht 3 Prozent der ärmsten Familien gehört oder darin aufwächst, sich nicht einmal arm fühlen muss, jetzt rein vom Finanziellen her gesehen, dass es einerseits auch mit einer Perspektive einen Zusammenhang hat, mit einer Einstellung, andererseits aber auch mit einem Lebensstil. Ich glaube, wir müssen uns als Gesellschaft auch wieder vielmehr überlegen: Wie können wir Werte fördern? – Werte in unserer Gesellschaft, die auch helfen können, Armut zu verhindern. Wir haben es vorhin gehört, mit den alleinerziehenden Müttern, dass dort ein grosses Armutsrisiko ist. Das ist zweifellos so. Aber wir sind hier auch in der Verantwortung, dass wir Werte fördern, die eben gerade verhindern, dass es so viele alleinerziehende Mütter gibt. Wir haben eine hohe Scheidungszahl. Das sind Dinge, die wir auch adressieren sollten. Es ist an der Zeit, dass wir in unserer Gesellschaft wieder Werte fördern von Verbindlichkeit, von Treue, von Verantwortung, dass Männer diese Verantwortung auch wahrnehmen gegenüber ihren Frauen, gegenüber ihren Familien, ihren Kindern.

Wir von der EDU wünschen uns, dass wir auch in der Politik wieder mehr über diese Werte sprechen, die für unsere Gesellschaft so zentral und grundlegend sind. Wie können wir die Familie stärken, die als kleinste Zelle unserer Gesellschaft, unseres Staates gut funktioniert? Wie können wir auch verhindern, dass nach wie vor jedes fünfte Kind irgendwann im Leben sexuellen Missbrauch erlebt? Wie können wir das in unserer Gesellschaft verhindern? – Das hat alles enorme psychische Folgen und führt zu Armut. Wir möchten deshalb hier reingeben: Lancieren wir diese Wertedebatte neu. Denn von politischer Seite her ist unser Einflussbereich ... Wir können nicht alles tun, um Armut zu bekämpfen. Aber bei dem, was wir tun können, sind wir von der EDU-Fraktion der Meinung, dass diese Rahmenbedingungen von politischer Seite her gut sind.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (BDP). Die BDP-Fraktion nimmt zu dieser Motion gerne wie folgt Stellung. Sie haben schon ganz viel gehört zum Inhalt, was der soziale Bereich eigentlich umfasst. Das ist eigentlich nicht der Inhalt dieser Motion, sondern jetzt ist die Forderung da: jetzt oder später. Wir sagen nicht, wir wollen nie wieder einen Sozialbericht, sondern er will jetzt einen Bericht. Die Antwort der Regierung hat die BDP darin bestärkt, dass wir zuwarten, bis wir weitere Daten haben. Wir müssen bei all diesen vielen Projekten, die umgelegt wurden, bei denen wir Änderungen vornahmen, auf den Effekt warten, darauf, was es bewirkt. Dann haben wir auch Fakten und können handeln. Nicht, dass wir dann gleich wieder sagen müssen: Das haben wir damals noch gar nicht gewusst. Aus diesem Grund wird die BDP-Fraktion diese Motion einstimmig ablehnen.

Marianne Teuscher-Abts, Roggwil BE (FDP). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Veröffentlichung des nächsten Sozialberichts zu planen und zu realisieren. Er soll sich auch auf frühere Berichte stützen und auf Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektinnen und Sozialdirektoren (SODK). Der Sozialbericht ist ein wirksames Instrument, um die aktuelle soziale Situation darzustellen, und auch, um einen Überblick über das soziale System zu gewährleisten. Der Kanton Bern hat solche Berichte schon 2008, 2010, 2012 und 2015 erstellt. Im Moment sieht die Regierung keinen neuen Bericht vor. Nach den vier Berichten sind keine neuen Entwicklungen eingetreten, die zu einer grossen Veränderung der Armutssituation geführt haben. Im Moment laufen auch verschiedene wichtige und dringende Projekte im Sozialbereich, so wie die Sozialhilfegesetzgebung, die Neustrukturierung Asyl- und Flüchtlingsbereich (NA-BE) und so weiter. In diesen Projekten werden wesentliche Beiträge zur Bekämpfung der Armut geleistet, zum Beispiel bessere Integration in

die Arbeitswelt. Die GEF arbeitet daran, eine Sozialstrategie zu konzipieren und umzusetzen. Sie wird dann entscheiden, wann und wie ein künftiger Sozialbericht erarbeitet werden wird. Das wäre erst sinnvoll in einigen Jahren, wenn die Auswirkungen der aktuell laufenden Grossprojekte sichtbar werden. Die FDP-Fraktion lehnt deshalb die Motion ab.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Ein Bericht zeigt einfach die bisherige und die aktuelle Situation auf. Mit Ziel- und Planungserklärungen kann man auch die Richtung für die Zukunft ein wenig festlegen. Aber mehr ist ein Bericht nicht. Nach einem Bericht braucht es Massnahmen und Taten, sonst nützt alles nichts. Wenn ich jetzt diese Voten hörte, könnte man fast ein wenig meinen, ohne Bericht lasse man die armen Leute im Kanton Bern einfach im Regen stehen. Das ist überhaupt nicht der Fall. Nur weil etwas immer wieder überprüft und wiederholt wird, wird es noch nicht besser. Von 2008 bis 2015 – das wurde auch schon gesagt – wurden vier Sozialberichte verfasst. Wir müssen ehrlich sein: Seit 2015 hat sich in unserer Wirtschaft, im Sozialwesen, eigentlich gar nicht so viel geändert. Also wird es dort auch nicht wahnsinnig viele Veränderungen geben. Zudem fehlen im Sozialwesen ganz viele Vergleichszahlen. Fast jeder Sozialdienst hat eigene Tabellen. Jeder hat eigene Excel-Tabellen, in denen er diese Zahlen hat. Versuchen Sie einmal, diese zu vergleichen. Das ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Daran litt es bisher auch ein wenig. Die Ressourcen der GEF sind unserer Ansicht nach momentan an wichtigeren Orten zu brauchen, zum Beispiel bei NA-BE, der Entwicklung eines einheitlichen Fallführungssystems im Sozialbereich – das, was ich vorhin angesprochen habe –, das Verbessern des Beschäftigungs- und Integrationsprojekts, die Verbesserung der Datenlage im Sozialbereich, und da könnte man noch ein paar andere Dinge aufzählen. Zudem will die GEF eine Sozialstrategie konzipieren, umsetzen. Erst danach ist es sinnvoll, wieder zu prüfen: Hat das jetzt Änderungen gebracht? Geht das in die Richtung, die wir wollen, oder nicht? – Vorher ist es für uns einfach ein Papiertiger, der unsere Direktion beschäftigt, und sie bringt den Armen und auch uns eigentlich nicht viel. Aus diesem Grund lehnt die SVP diesen Bericht einstimmig ab.

Präsident. Als Einzelsprecherin, Tanja Bauer.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Ich möchte gerne etwas dazu sagen, dass es nicht nötig ist, noch einmal einen Bericht zu machen, weil man ja schon einmal einen gemacht hat, im Jahr 2015, und vorher hat es schon drei andere Berichte gegeben. Das Wetter messen wir jeden Tag. Es gibt verschiedene Wetterstationen. Es werden verschiedene Indikatoren gemessen, Wind, Regen, Sonneneinstrahlung und so weiter. Es ist nicht so, dass man es, weil wir es vor fünf Jahren einmal gemacht hat, nachher fünf Jahre lang nicht mehr messen kann. Denn sonst wissen wir nämlich nicht, was aktuell ist. Aufgrund all dieser Messdaten kann man eben auch Vorhersagen machen. Also, das heisst, dass erst eine lange Reihe von Zahlen zusammen ein Bild geben, wohin die Entwicklung geht. Und hier ist es ähnlich.

Ich finde, die Diskussion wird sehr oft ideologisch geführt. Das hat man jetzt hier auch ein wenig gehört. Und wenn man Fakten hat und Daten – denn wir müssen uns ja irgendwo treffen –, dann starten wir auf einer gemeinsamen Grundlage. Das ist sehr wichtig, und das sind wir diesem Thema schuldig. Das Thema ist eines der wichtigsten Themen für die Politik. Es kann nicht sein, dass in unserem Kanton Leute in Armut leben. Das muss uns zu denken geben, vor allem, wenn es sich eben um Leute handelt, die gar nicht erwerbstätig sein können. Für mich ist es sehr, sehr wichtig, dass wir uns nicht nur überlegen, was wir für eine Verantwortung haben, sondern auch, dass wir solche Zahlen und Fakten vor einer zukünftigen Strategie haben, und dass diese Zahlenreihe eben weitergeführt wird. Ich denke, wenn es schon vier Berichte gibt, wurde schon sehr viel Arbeit gemacht, was der Aufbau dieser Berichte betrifft, die Indikatoren, wie man sie macht. Einen neuen Bericht zu erstellen, ist nicht mehr derselbe Aufwand, wie den ersten Bericht zu erstellen. Einmal pro Legislatur einen solchen Bericht zu machen, wenn man denn so viele neue Projekte aufgleist, macht einfach Sinn. Auch wenn herauskommt, dass alles unverändert ist, ist das eine Aussage, und diese Aussage muss uns dann auch zu denken geben. Wir haben es gehört: National gesehen gibt es Veränderungen. Es gibt eine Zunahme der Armut. Das sollten wir wirklich zur Kenntnis nehmen und überlegen: Was passiert in unserem Kanton? Wenn wir wirklich Politik machen wollen, die auf Fakten beruht, brauchen wir einen neuen Armutsbericht vor der nächsten Strategie, vor der Strategie, die Herr Schnegg in der Antwort auf unsere Motion ankündigt.

Präsident. Auf der Rednerliste steht niemand mehr. Je donne la parole à Monsieur Schnegg.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale. La meilleure manière de combattre la pauvreté, c'est – et restera – de créer des places de travail. Alors, permettez-moi à cette occasion, de remercier toutes celles et tous ceux qui se battent chaque jour pour en créer de nouvelles, ou pour maintenir les existantes. Comme vous pouvez le constater, quatre rapports entre 2008 et 2015 ont été publiés. Force est aujourd'hui de constater que ces rapports n'ont pas forcément apporté de grandes modifications et améliorations dans le système eu égard à l'effort demandé. De plus, depuis lors, la situation dans le domaine de l'aide sociale n'a pas connu d'évolution significative. Pour pouvoir faire un rapport social cohérent, encore faut-il avoir accès à des données complètes et cohérentes, ce qui n'est pas du tout le cas à ce jour. Je me réjouis d'ores et déjà du grand soutien que toutes les personnes qui aujourd'hui désirent un tel rapport, nous apporteront lorsque nous aurons l'occasion de débattre de l'accès à ces données. Pour rédiger un rapport social, des ressources considérables doivent être engagées. Or, actuellement, ces ressources sont bien mieux investies dans les nombreux projets d'envergure en cours dans ma Direction, à savoir : restructurations du domaine de l'asile et des réfugiés pour lesquels vous avez validé la loi hier soir (*Loi sur l'aide sociale dans le domaine de l'asile et des réfugiés, LAAR / Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich, SAFG*) ; étude et préparation d'un système uniforme de gestion des dossiers dans le domaine social ; développement et réorganisation des programmes d'occupation et d'insertion ; mise en œuvre des mesures proposées par le groupe de travail sur l'intégration ; amélioration de la collecte des données ; mise en place des bons de garde. Je m'abstiens ici de mentionner les développements prévus également au niveau fédéral pour lesquels le Conseil-exécutif s'est montré positif dans le cadre des consultations. Oui, tous ces projets auront un impact clair sur la situation de l'aide sociale, j'en suis convaincu. Alors, concentrons nos forces sur ce qui est aujourd'hui utile.

J'ai pris note du reproche adressé à ma Direction de ne pas être sur le terrain. Je ne sais pas si ce reproche s'adresse à une période antérieure à mon entrée en fonction, ou si elle concerne la période à laquelle je suis en fonction. Mais permettez-moi de vous dire que je doute qu'il y ait beaucoup de conseillers d'Etat qui sont autant présents sur le terrain que je le suis. Qu'il s'agisse de visites d'institutions, de services sociaux, d'entreprises actives dans la réinsertion de personnes à l'aide sociale etc. La SAP s'est fixée pour objectif à moyen terme de concevoir et de mettre en œuvre une stratégie d'action sociale. Dans le cadre de ces travaux, une décision sera prise concernant un prochain rapport. Mais de faire uniquement un refresh d'un rapport qui n'a pas apporté beaucoup me paraît encore plus inutile, si déjà, le rapport que nous devons mettre sur pied doit, lui, nous permettre d'améliorer la situation. Bien entendu : pour un rapport solide et cohérent, une disponibilité des données sera un prérequis de base, mais qui n'ira, hélas, pas de soi. Sa réalisation sera uniquement pertinente dans quelques années, lorsque les grands projets que j'ai mentionnés précédemment et les changements apportés au système social déploieront leurs effets sur la part de la population bernoise qui vit dans la pauvreté. C'est la raison pour laquelle le gouvernement vous invite à rejeter cette motion de manière à ce que nous puissions concentrer nos efforts sur des activités permettant d'apporter un réel plus.

Präsident. Je donne la parole au motionnaire, Monsieur Hervé Gullotti.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS). Je vous remercie de la discussion qui montre bien où les fronts se situent. Il est du devoir du parlement de s'intéresser non seulement à ses finances – c'est certain, à prôner la prudence – mais aussi, et surtout, à ses citoyennes et citoyens les plus défavorisés. La pauvreté existe, et l'Etat a une responsabilité vis-à-vis de celles et ceux qui y sont réduits. On mesure la solidarité d'une société aux soins que l'on prend à s'occuper des plus défavorisés. Si l'on parle d'une future stratégie en la matière, comme l'a dit notre collègue Barbara Mühlheim, il faudra bien qu'elle s'appuie sur des faits. Les réformes qu'entreprend actuellement la Direction – qui sont importantes – seront certainement la matière d'un rapport social à venir. Alors, pourquoi pas au moins adopter cette intervention sous la forme d'un postulat ?

Créer des places de travail ne dépend pas que de la volonté du politique, mais je me réjouis que le monde de l'économie s'investisse aussi à juguler la pauvreté. Je maintiens la motion comme telle et vous remercie de votre attention.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung beim Traktandum 59, der Motion Gullotti: «Es braucht einen neuen Sozialbericht! [...]» Wer diese Motion annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.58)

Vote (2019.RRGR.58)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 55

Nein / Non 94

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diese Motion abgelehnt, mit 94 Nein- gegen 55 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen.